

Erdinger SZ vom 14. Mai 2009

Siedlerverein von Entwicklung enttäuscht

Landtag verweigert Unterstützung für Lärmschutzwand

Die Anlieger an der B388-Ostumgehung hoffen nun auf Hilfe aus dem Bundesverkehrsministerium

Von Wolfgang Sardison

Erding ■ Aus einer Lärmschutzwand für die Bewohner der Reihenhaussiedlung Erding-Ost wird wohl nichts: Der Petitionsausschuss des Landtags hat seine Unterstützung verweigert und auch ein Vorstoß, die Schutzwand über das Konjunkturpaket zu finanzieren, ist gescheitert. Jetzt hoffen die Anlieger auf Hilfe aus dem Bundesverkehrsministerium.

Als die Reihenhaussiedlung in den 70er Jahren etwa zeitgleich an

der B 388-Ostumgehung entstand, gab es die jetzt geltenden Lärmschutzvorgaben noch nicht. Die Forderungen auf Nachbesserung von seiten des Siedlervereins, dem seit zwei Jahren Gustav Schultz vorsteht, verhallen deshalb ungehört: „Der Lärm ist mittlerweile unerträglich. Einzig einen Maschendrahtzaun zum Schutz, dass Kinder nicht auf die Straße laufen, haben wir erreicht.“

Schultz ist zwar bekannt, dass eine Verlegung der Ostumgehung beabsichtigt ist, „aber das ändert

nichts an der Situation“, aufgrund derer die Siedlung von den Behörden als „Sonderfall“ gesehen werden müsse. Die bisher vorgenommenen Lärmmessungen, so sagt er, basierten auf errechneten Werten, nicht aber tatsächlich gemessenen.

Von der Stadt wird der Bau einer Lärmschutzwand abgelehnt, weil es sich um eine Bundesstraße handelt, der Petitionsausschuss des bayerischen Landtags lehnte Anfang des Jahres ebenfalls eine entsprechende Eingabe des Siedlervereins wegen fehlender gesetz-

licher Vorgaben ab – „und dem Hinweis, dass man die Verlegung der Bundesstraße forcieren muss“. Auch Erding jetzt-Stadtrat Hans Egger habe versucht zu helfen, indem die Lärmschutzwand aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden sollte – was aber ebenfalls nicht berücksichtigt wurde, sagt Schultz: „Es ist schon deprimierend, weil Lärmschutz dringend notwendig ist, und keiner hilft.“

Einige Hoffnung setze der Siedlerverein jetzt auf den SPD-Bundestagsabgeordneten Ewald Schu-

rer, der sich bei einem Ortstermin im Februar über die Situation informieren ließ und das Anliegen an das Bundesverkehrsministerium weiter gab. Freilich habe es aus dem Ministerium noch keine Reaktion gegeben. Aber jetzt, so sagt Schultz, kenne man das Erdinger Problem wenigstens auch in Berlin. „Wir werden nicht locker lassen“, kündigt Schultz an, „und auch die Politiker sollen merken, dass es uns noch gibt.“ Nach so vielen Jahren, die man Lärmschutz fordere, sollte mehr möglich sein als nur ein Drahtzaun.